

Seminararbeit

Die Revolution 1848

anhand von **Petitionen** aus Sulz und Mühlheim



Jahrgangsstufe 11

Lisa Trudel und Johanna Stark

Inhaltsverzeichnis

1. Vorgeschichte
2. Zeittafel
3. Vergleich der Petitionen
 - 3.1 Tabelle
 - 3.2 Kontextualisierung
4. Interpretation der Forderungen
5. Resümee
6. Methodisches Vorgehen
 - 6.1 Literatur
 - 6.2 Archivbesuche
 - 6.3 Gespräche
7. Probleme der Recherche
8. Materialanhang
 - 8.1 E-Mail-Verkehr [hier, in der Internetversion, nicht zu sehen]
 - 8.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

1. Vorgeschichte

Um die Ursache der uns vorliegenden Petitionen von Sulz und Mühlheim, die beide im März 1848 verfasst wurden, zu erfassen, werden wir nun die Vorgeschichte und damit die Situation 1848 in Deutschland und vor allem im Südwesten des Landes näher betrachten.

Infolge der Französischen Revolution kam es zu weitläufigen Veränderungen der südwestlichen Landkarte. Im Frühjahr 1806 traten 16 süd- und westdeutsche Staaten formell aus dem Reich aus. Sie schlossen sich zum Rheinbund zusammen und orientierten sich am „Code Napoléon“.

Gleichzeitig führten Mediatisierung¹ und Säkularisation² zur Vereinheitlichung des Südwestens. Zwischen 1803 und 1810 vervierfachte sich die Fläche der Markgrafschaft Badens, was zum Aufstieg Badens zum Großherzogtum führte, die Fläche des Herzogtum Württembergs verdoppelte sich und Württemberg stieg zum Königreich auf. Jedoch blieben die Kleinstaaten Hohenzollern-Sigmaringen und Hechingen bestehen. Gewaltige innenpolitische Veränderungen wurden durch die territoriale Veränderung hervorgerufen: Durch die Entstehung neuer Mittelstaaten ergab sich eine neue Verwaltungsstruktur, die ohne Rücksicht auf historische Traditionen und rechtsstaatliche Institutionen entstand. Aus Untertanen wurden moderne Staatsbürger und ständisch-korporative Bindungen wurden zerstört. Auch wurden alte Herrschaftsträger (Adel, geistliche Herrschaften) durch Enteignung und Entmachtung im Vergleich zu der Zeit vor der Französischen Revolution verringert. So bekam Württemberg ein Staatsministerium mit Zentralbehörden und Kreise mit Oberämtern, welche ein Ausmaß vergleichbar mit der Größe eines heutigen Regierungspräsidiums hatten, wodurch eine stark zentralistische Organisation entstand. Baden wurde zunächst in drei Provinzen eingeteilt, später wurden jedoch ebenfalls Kreise und Ämter eingeführt, welche teils staatlich, teils standesherrlich waren.

Die Neugliederung der Gebiete mit ihren neuen bürokratischen Anforderungen barg Konfliktstoff, der 1848/49 zum Ausbruch kam. Vor allem in Württemberg rebellierte die Bevölkerung gegen die Zentralverwaltung und gegen unbeliebte Amtmänner. So kam es auch im Oberamt Sulz in folgenden Ortschaften zum Schultheißenwechsel: Busenweiler, Dornhan, Leidringen, Leinstetten, Marschalkenzimmern.³

Beide Staaten (Baden und Württemberg) besaßen zwar ein Zwei-Kammer-System, jedoch nahm der Adel immer noch eine Sonderstellung ein. Außerdem sah die württembergische Verfassung nur ein

¹Mediatisierung: territoriale „Flurbereinigung“, Kleinstaatliche Zersplitterung wurde teilweise aufgehoben, ca. 3 Millionen Deutsche wechselten den Herrscher. (Oberstufe Baden-Württemberg – Gesamtband, Kursbuch Geschichte,S.150)

²Säkularisation: Beseitigung von Bistümern, Abteien und Klöstern in Form von Enteignung von Kirchengut und Eingliederung in weltliche Fürstentümer

³Vgl. Nikolaus Back, Dorf und Revolution, Die Ereignisse von 1848/49im ländlichen Württemberg, S. 354

eingeschränktes Wahlrecht vor.⁴

Zwischen 1750 und 1850 verdoppelte sich die Anzahl der Menschen nahezu, jedoch waren die Erträge der vorindustriellen Landwirtschaft sehr gering. Der Mangel an Lebensmitteln rief auch eine Preisexplosion hervor. Fast zwangsläufig entwickelte sich dadurch eine Hungerkrise, die von der Bevölkerung nur durch Auswanderung umgangen werden konnte. In Mühlheim wurde Auswanderung in die USA mit 500 Gulden durch gemeindliche Zuschüsse unterstützt.⁵ So kam Württemberg zwischen 1816 und 1855 unter anderem auf ca. 280.000 Emigranten, Baden im gleichen Zeitraum auf ca. 180.000 Emigranten.⁶ So gab es in Vöhringen 1846 1501 Einwohner, 1885 jedoch nur noch 1277 Einwohner.⁷ Die Hunger- und Armutskrise, die 1845 mit gänzlicher Missernte der Kartoffeln, welche durch die neu aufkommende amerikanische Kartoffelkrankheit⁸ hervorgerufen wurde, begann, endete in einer Zuspitzung des pauperistischen Elends. Das Jahr 1845 war außerdem kalt und verregnet, was zur Verringerung der Roggen- und Weizenernte führte. Das darauf folgende heiße und trockene Jahr (1846) brachte eine komplette Missernte mit sich. Durch die Lebensmittelknappheit stiegen die Nahrungsmittelpreise extrem in die Höhe im Vergleich zu den Jahren vor der Krise.⁹ Der daraus resultierende Geldmangel der Bevölkerung hatte ebenfalls Auswirkungen im Gewerbe. Die Nachfrage an Gewerbeerzeugnissen sank drastisch und führte zur völligen Verarmung von Handwerkern und Heimarbeitern. Deutschland erlebte eine schockierende Armutskrise. Leute verhungerten und die Kriminalität stieg rapide. Bauern verweigerten Leistungen wie Frondienste und Abgaben¹⁰, Handwerker lehnten sich gegen Urheber der Teuerung und der daraus folgenden Gewerbeschwächung auf. Neben unzähligen Korn- und Lebensmitteldiebstählen kam es zu Holzdiebstählen und Wilderei.¹¹ Die Hungerkrise wurde außerdem durch die Abgabeverpflichtung an die Grundherren der Landsleute verschärft, welche dadurch ein Fünftel ihres Ackerlandtrags verloren. Dadurch waren viele Landwirte gezwungen noch ein anderes Gewerbe zu betreiben.¹²

So könnte man sich auch die Überbesetzung des Handwerks erklären. Gesellen fanden keine Arbeit mehr und im Zuge der Industrialisierung konnten kleine Meisterbetriebe kaum noch überleben.

⁴Vgl. Oberstufe Baden-Württemberg – Gesamtband, Kursbuch Geschichte, S.152

⁵Vgl. sä\|d\sulz 1848-9\ereignisse am oberen neckar, die [anfänge der] revol hier

⁶Vgl. Revolution im Südwesten, Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg, S.20

⁷Vgl. Ortschronik Vöhringen, Ein Heimatbuch für die Gemeinde von Johannes Binder 1940, 62. Auswanderung Fortsetzung. (154, S.140, 133

⁸ Dornhan, Geschichte des Raumes zwischen Neckar, Glatt und Heimbach, S.201, "Kartoffelkrankheit", eine Fruchtfäule durch Pilzbefall aufgrund schlechten Wetters, die zu schlimmen Ernteaussfällen bei der inzwischen Volksnahrungsmittel gewordenen Kartoffel führte.

⁹Schaubild zur Brotpreisentwicklung siehe Anhang

¹⁰Vgl. Nikolaus Back, Dorf und Revolution, Die Ereignisse von 1848/49im ländlichen Württemberg, S.52

¹¹Vgl. Nikolaus Back, Dorf und Revolution, Die Ereignisse von 1848/49im ländlichen Württemberg, S.31, S.53/54

¹²Vgl. Dornhan, Geschichte des Raumes zwischen Neckar, Glatt und Heimbach, S.189

Besitzlose drangen in die Städte, um Lohnarbeit zu verrichten. Jedoch schwankten die Löhne neben den relativ konstanten Preisen. In Stuttgart, Ulm, Villingen, Mannheim und Tübingen gab es Brotkrawalle, Speicher und Marktstände wurden geplündert.¹³

Zum Schutz wurde zum Beispiel in Sulz 1847 eine Bürgerwehr durch Uexküll-Gyllenband gegründet, sie sollte zum Schutz der Besitzenden vor Hungerunruhen, Bettelei und Diebstahl dienen.¹⁴ Arbeitslose, welche kaum Versicherung oder Schutz gegen ihre Arbeitslosigkeit bekamen, waren auf Armenunterstützung angewiesen. Zur Unterstützung der Armen wurden von Gemeinden Suppenküchen angeboten wie zum Beispiel die Suppenanstalt in Schramberg und die Suppenküche in Empfingen oder auch in Vöhringen.¹⁵

Außerdem gründeten sich Volksvereine und Volksversammlungen¹⁶, in Sulz mit Redner Uexküll¹⁷ und Pfäfflin.¹⁸ Auch in Leinstetten kamen Volksversammlungen zustande und Oberndorf hatte vermehrte Zweige ihres Volksvereins in Boll und Isingen. Trotz dem Verbot zur Gründung von Vereinen durch die Karlsbader Beschlüsse 1819¹⁹ gab es in den 40er Jahren eine Vereinsbewegung, die sich wie eine Massenbewegung ausbreitete. Auch in den unteren Schichten wurden Vereine gegründet. Diese, meist Arbeitervereine, waren zahlenmäßig jedoch nicht von Bedeutung.

Neben den Arbeitern rebellierte auch die ländliche Bevölkerung. Schon seit 1817 versuchte man sich in Württemberg von den feudalen Lasten loszusagen, was jedoch über viele Jahre hinweg an der ersten Kammer der Verfassung, in der der Adel seinen Sitz hatte, scheiterte. Die Betroffenen wehrten sich, verweigerten Ablösezahlungen. Durch den direkten Vergleich mit freien Bauern, welche keine Abgaben zahlen mussten, machte sich Zorn bei den verpflichteten Bauern breit. Im Februar 1848 traf die Nachricht der Pariser Revolution gegen den König Louis-Philippe ein, welche in einer Ausrufung der zweiten Republik endete. Dieser revolutionäre Gedanke färbte auf die deutsche Bevölkerung ab und führte neben den wirtschaftlichen und sozialen Spannungen zum Ausbruch der Revolution. Im März 1848 konnten Teile der Bevölkerung ihren Zorn nicht mehr zurück halten, nationale Ziele schienen plötzlich greifbar und der „Völkerfrühling“ mit seinen liberalen Hoffnungen brach an.²⁰ In den Gebieten, die von der adligen Grundherrschaft betroffen

¹³Vgl. Ortschronik Vöhringen, Ein Heimatbuch für die Gemeinde, Johannes Binder 1940, 61. Vom Jahr 1848 S. 135, 128

¹⁴Vgl. sä\d\sulz 1848-9\ereignisse am oberen neckar, die [anfänge der] revol hier

¹⁵Vgl. sä\d\sulz 1848-9\ereignisse am oberen neckar, die [anfänge der] revol hier

¹⁶ Josef Schmidt, Präsident des badischen Sparkassen und Giroverbandes, 150 Jahre Revolution im Südwesten 1848/49, S.26, Volksversammlungen als Mittel zur Politisierung der Gesellschaft durch freiwillige Eintretung und Gleichheit seiner Mitglieder, welche das gemein bürgerliche Selbstwertgefühl steigerte und dem Volk somit eine Stimme gab.

¹⁷Graf Üxküll, Oberförster von Sulz, der 1847 noch seine Machtstellung ausnutzte und Härzer zwingt Mützen vor ihm abzuziehen. Im Sommer 1848 traf er erneut auf die Vöhringer Männer und sagte zu ihnen: „Das ist nicht nötig, dass einer vor dem anderen den Hut herabzut. Einer ist so viel wert, wie der andere.“

¹⁸Vgl. Nikolaus Back, Dorf und Revolution, Die Ereignisse von 1848/49 im ländlichen Württemberg, S.413
August Pfäfflin: Schultheiß von Sulz von 1839 bis 1878

¹⁹Vgl. Josef Schmidt, Präsident des badischen Sparkassen und Giroverbandes, 150 Jahre Revolution im Südwesten 1848/49V, S.26

²⁰Vgl. Mike Rapport, 1848 Revolution in Europa, S. 125

waren, wurden Akten, sowie Grundbücher und Schuldurkunden verbrannt. Oft agierten ganze Gemeinden mit Bürgermeister und Großbauern.

Die „begeisterte Opferwilligkeit für die große Sache, die damals mit seltener Allgemeinheit fast alle Gesellschaftsklassen durchdrang“²¹ kam auch in Sulz und Umgebung zum Ausdruck.

In Vöhringen traf am 25. März die Nachricht ein, Franzosen würden über den Rhein kommen, bis Militär komme, solle man sich selber helfen. Um den so genannten Franzosenlärm zu bestätigen schickte Schultheiß Kästle Reiter als Kundschafter aus.

Außerdem warb man eine Mannschaft zur Vaterlandverteidigung für einen Gulden Tagelohn an. So versammelten sich am ersten Tag 68 Mann, am zweiten Tag vergrößerte sich die Mannschaft auf 114 Mann, welche mit Gewehren und zu Spießen geschlagenen Sensen und Heugabeln mit Entschlossenheit auf ihren Einsatz warteten. So entstanden Freikorps unter anderem auch in Vöhringen. Weiter als bis zu der Gaststätte Hecht in Sulz kamen sie unter Führung alter Unteroffiziere jedoch nicht.²² Auch Kampfscharen aus Bickelsberg, Brittheim, Heiligenzimmern, Binsdorf und Isingen kamen nach Sulz und besetzten die Wirtshäuser. Jedoch kehrten auch sie wieder heim, denn kein Franzose kam über den Rhein. Ganz Württemberg nahm am „Blinden Franzosenlärm“²³ teil.

Libérale Forderungen wurden oft von Bauern aufgenommen und uminterpretiert. Pressefreiheit bedeutete für sie, dass sie von oben nicht mehr gepresst wurden, allgemeine Freiheit wurde von ihnen als Recht, die ungeliebten Beamten und Amtsmänner zu verjagen, verstanden. So könnte man sich auch die vermehrte Schultheißenwechsel oder den Rücktritt mehrerer Gemeinderäte, wie es auch in Sulz und in einigen Oberamtsstädten der Fall war, erklären.

²¹Vgl. Mike Rapport, 1848 Revolution in Europa, S. 130, Zitat: Carl Schurz

²²Vgl. Ortschronik Vöhringen, Ein Heimatbuch für die Gemeinde von Johannes Binder 1940, 61. Vom Jahr 1848 S. 136, 129)

²³Vgl. Ortschronik Vöhringen, Ein Heimatbuch für die Gemeinde von Johannes Binder 1940, 61. Vom Jahr 1848 S. 137, 130)

2. Zeittafel

1847

- Februar-Juli Hungerunruhen in einigen Städten Südwestdeutschlands
Misswuchs und Hunger auch in Mühlheim → Auswanderung nach USA wird durch gemeindliche Zuschüsse unterstützt
-Suppenanstalt in Schramberg
-Suppenküche in Empfingen
-28.10. Suppenküche auch in Vöhringen
11. Mai In Sulz wird Bürgerwehr durch Üxküll-Gyllenband gegründet²⁴

1848

- 22.-24. Februar Revolution in Paris. Louis-Philipp dankt ab, Frankreich wird Republik
27. Februar Bürgerversammlung in Mannheim. Der Petitionssturm sämtlicher badischer Städte an die zweite Kammer wird angeregt
- 1./2. März Märzerrungenschaften
01. Februar Aufhebung der Zensur in Württemberg
02. Februar Versammlungen in Tübingen. Die von Ludwig Uhland ausgearbeitete Petition wird zum Vorbild für viele württembergische Städte
- 4.-10. März Bauern Unruhen in Odenwald und im Frankenland, durch den Einsatz von Truppen niedergeschlagen

²⁴Vgl. sä\d\sulz 1848-9\ereignisse am oberen neckar, die [anfänge der] revol hier

6. März Sulzer Petition wird verfasst
09. März Einsetzung des Märzministeriums in Württemberg unter Friedrich Römer
11. März Demonstration der Landgemeinden in Hechingen. Übergabe einer Petition an den Landesfürsten
11. März Mühlheimer Petition wird verfasst
- 15.-19. März Barrikadenkämpfe und Unruhen in Berlin
- 24./25. März Franzosenlärm. Die Falschmeldung über einen angeblichen Einmarsch französischer Banden löst in weiten Teilen Südwestdeutschlands eine Panikwelle aus. (auch in Mühlheim und Vöhringen)
26. März Bei der Göppinger Volksversammlung wird zur Bildung politischer Vereine in Württemberg angeregt.
1. April In Württemberg und Baden werden Gesetze über die Bildung von Bürgerwehren erlassen. (Kompetenzen blieben auf lokaler Ebene beschränkt)
06. April Bewaffnete Volksversammlung in Donaueschingen.
18. Mai Eröffnung der deutschen Nationalversammlung
15. Juni Heinrich Brandecker ruft eine Versammlung zur Gründung eines „Vereins für Volksherrschaft“ ein
20. August Rosenfeld tritt dem Landesausschuss bei.

1849

27. Februar Pfäfflin anwesend bei einer Versammlung des Volksvereins Ulm,
Vereinsvorsitzender Graf Uexküll
31. März Meldung des Oberamtes Sulz über Gründung eines Volksvereins
9. April Volksversammlung mit Redner Uexküll und Pfäfflin
- Mai Volksverein wird von Mühlhäuser aufgefordert, auf der Reutlinger
Pfingstversammlung mit vierzig Personen zu erscheinen
02. Mai Gründung eines neuen Volksvereins in Leinstetten
29. Mai Apotheker Bauernfeind als Delegierter auf der Reutlinger Versammlung

Quelle: Vgl. Revolution im Südwesten, Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft
hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg, S. 31-38

Ausnahmen:

Kommunale Ereignisse aus:

- Revolution im Südwesten, Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher
Archivare im Städtetag Baden-Württemberg,
- sä\d\sulz 1848-9\ereignisse am oberen neckar, die [anfänge der] revol hier

3. Vergleich der Petitionen

3.1 Tabelle

Großdeutsche Forderungen:

Allgemeine Hauptforderungen	Sulzer Petition	Mühlheimer Petition
Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament Bildung eines deutschen Nationalstaats	1.) Deutsches Parlament	
Pressfreiheit	2.) Unbedingte Pressfreiheit	
Einrichtung einer Bürgerwehr und Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere	3.) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere und möglicher Verminderung des stehenden Heeres	11.) Verminderung des Militärs und Wehrhaftmachung des Volkes

<p>Versammlungsfreiheit</p>	<p>4.) Freigebung öffentlicher Versammlungen, Besprechungen, öffentliche Angelegenheiten ohne polizeilich Erlaubnis</p>	
<p>Abschaffung von noch vorhandenen Feudalrechten auf dem Land</p>	<p>7.) Befreiung von Grund und Boden</p>	<p>3.) Entlastung von Grund und Boden, also Abschaffung nicht Ablösung der Grundgefälle und Gilten</p>
<p>Einrichtung von Schwurgerichten nach englischem Vorbild</p>	<p>10.) Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtl. Verfahrens, Einführung von Schwurgerichten</p>	

Kleindeutsche Forderungen:

Sulzer Petitionen	Mühlheimer Petitionen
5.) Abschaffung aller Vorrechte und Privilegien	4.) Abschaffung aller Vorrechte. Der Adel soll also zur Tragung der Staatslasten ebenso gut beitragen, als der Bauer
6.) Vereidigung sämtlicher Staatsbürger mit Einschluss des Militärs auf die Verfassung	
8.) Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen ohne Störung des Gewerbebetriebs bei der Erhebung	1.) Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen oder Vermögen
9.) Hebung der Gewerbe durch Schutz nach Außen und Beschäftigung im Innern	6.) Allgemeine Gewerbefreiheit
11.) Vereinfachung der Regierungsweise und möglichste Sparsamkeit im Staatshaushalt 12.) Vollkommene Herstellung einer wirklichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden und Bezirksbürgerschaften	2.) Einfachere und billigere Stadtverwaltung überhaupt Verminderung der Vielschreiberei 9.) Vereinfachung der Gemeindeverwaltung

	<p>7.) Vereinfachung und Erleichterung der Wirtschaftsabgaben</p>
	<p>8.) Bessere Vorkehrung und Verminderung der Brandschadensumlage</p>
	<p>12.) Soll jeder orts. Behörde in Beziehung gegen Verschwender, Diebe, Arbeitsscheue überhaupt Gesindel zur Verfügung hierüber mehr Macht eingeräumt werden</p>

3.2 Kontextualisierung

Durch die recht frühen Verfassungsdaten der Petitionen wird schon vor dem ersten Lesen deutlich, dass Sulz sowie auch Mühlheim zur Zeit der 1848er Revolution stark politisiert waren. Durch ihre politischen Interessen in Form von Petitionen brachten sie sich in die Revolution ein und trugen dadurch zum Fortschreiten dieser bei.

Im Unterschied zur Mühlheimer Petition wurde die Sulzer Petition an einen „Hochansehnlichen ständischen Ausschuss“ adressiert. Außerdem wurde die Sulzer Petition von einer einzelnen Person, einem „gesetzlichen Vertreter“, verfasst, die im Auftrag von „nicht versammelten Ständen“ schrieb. Wir vermuten, dass es sich dabei um den Sulzer Schultheiß August Friedrich Wilhelm Pfäfflin²⁵, der von 1839-1878 im Amt war, handelt. Auch kann somit nicht ausgeschlossen werden, dass der „gesetzliche Vertreter“ ganz im Sinne der „nicht versammelten Stände“ formulierte. Ganz im Gegensatz dazu versammelten sich in Mühlheim „mehrere ehrenwerte Bürger“, um vor Ort die Forderungen zu formulieren und niederzuschreiben. Auch ist in der Mühlheimer Petition die Rede vom „Volk beziehungsweise (den) Untertanen“, was darauf hindeutet, dass der Druck von unten²⁶ tatsächlich auch in Mühlheim vorherrschte.

Ein Deutsches Parlament steht an erster Stelle der Sulzer Petition, was die Wichtigkeit der Forderung hervorhebt. Auch zeigt die erste Forderung die fortschrittliche Denkweise der Sulzer. Danach folgt die Forderung nach *unbedingter* Pressefreiheit, welche eine typische, klassische und liberale Märzforderung²⁷ war. Brandecker, der damalige Herausgeber des Schwarzwälder Boten, wurde trotz Bewilligung der Pressefreiheit²⁸ 1848/49 für Tage wegen freiheitlicher Gesinnung eingesperrt²⁹. Trotz der frühen Bewilligung von König Wilhelm II. am 5. März, erreichte die Nachricht Sulz erst am 7. März durch die Veröffentlichung im Schwarzwälder Boten. Jedoch tauchen diese zwei Forderungen in der Mühlheimer Petition nicht auf.

Die dritte Forderung der Sulzer Petition, welche in zwei Punkten: 1. Allgemeine Volksbewaffnung und 2. freie Wahl der Offiziere und möglicher Verminderung des stehenden Heeres gegliedert ist, wird in der Mühlheimer Petition als Verminderung des Militärs und Wehrhaftmachung des Volks formuliert.

Als weiterer Punkt tritt die Forderung nach Freiebung öffentliche Versammlungen, Besprechungen sowie öffentlichen Angelegenheiten ohne polizeiliche Erlaubnis auf.

Außerdem führen die Sulzer die Forderung nach Abschaffung aller Vorrechte und Privilegien an,

²⁵Portrait siehe Materialanhang

²⁶Vgl. Nikolaus Back, Dorf und Revolution, Die Ereignisse von 1848/49 im ländlichen Württemberg, S.68

²⁷Vgl. Nikolaus Back, Dorf und Revolution, Die Ereignisse von 1848/49 im ländlichen Württemberg, S.79

²⁸ Vgl. Schwarzwälder Bote, Oberndorf, Dienstag, den 7. März 1848

²⁹Vgl. Sulz, alte Stadt am jungen Neckar, Festschrift zur 700-Jahrfeier der Stadtrechtsverleihung, Bearbeitet von Dr. Wilfried Hecht, Paul T. Müller und Peter Fosseler, S.282

welche auch in der Mühlheimer Petition vorkommt. Dort wird die Forderung weiter ausgeführt, in dem gesagt wird, dass der Adel genauso wie ein Bauer zum Tragen der Staatslasten beitragen sollte. Dies ist erneut eine fortschrittliche Überlegung, da die schon immer bestehende Klassengesellschaft durchschnitten werden würde.

In der sechsten Forderung wird eine Vereidigung sämtlicher Staatsbürger mit Einschluss des Militärs auf die Verfassung angesprochen.

Die Befreiung von Grund und Boden, die in der Sulzer Petition erst an siebter Stelle gefordert wird, steht in der Mühlheimer Petition schon an der dritten Stelle. Die Abschaffung der Feudalrechte wurde im ganzen Reich gefordert und am 14. April 1848 wurde diese Forderung auch umgesetzt.

Die achte Forderung befasst sich mit der gerechten Besteuerung nach dem Einkommen ohne Störung des Gewerbebetriebs bei der Erhebung. Diese Forderung ist in der Mühlheimer Petition in zwei einzelne Punkte unterteilt. Die primäre Stellung der Forderung nach gerechter Besteuerung nach dem Einkommen oder Vermögen stellt den damals aktuellen Bezug zur Mühlheimer Bevölkerung dar. Die geforderte Gewerbefreiheit deutet auf eine zu starke Vormachtstellung des Staates und dessen Kontrolle des Gewerbes hin.

Die Forderung der Sulzer nach „Hebung der Gewerbe durch Schutz nach Außen und Beschäftigung um Innern“ ist mit der sechsten Forderung der Mühlheimer „Allgemeine Gewerbefreiheit“ gleichzusetzen. In Preußen gab es 1810 schon Gewerbefreiheit was in Württemberg jedoch nicht der Fall war.

Im zehnten Punkt der Petition von Sulz wird die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens und Einführung von Schwurgerichten gefordert. Die Bürger wollten dadurch mehr Mitspracherecht und eigene Verteidigung erhalten und wollten sich von der Willkür der Richter befreien.

Im elften Punkt der Petition wird die Forderung nach Vereinfachung der Regierungsweise und möglichste Sparsamkeit im Staatshaushalt angesprochen. In der Mühlheimer Petition liegt mit den Punkten 2. und 9., welche diese Forderung beinhalten, sogar eine Doppelung vor.

Die Verminderung der Vielschreiberei deutet auf eine starke Ausprägung der Bürokratie hin, welche die Bürger überforderte.

Durch die Vereinfachung der Regierungsweise tritt zusätzlich eine Verminderung der vielen Verwaltungsebenen auf, was die Kommunikation zwischen Staat und Bürger vereinfachte. Außerdem wirkte sich die Verarmung der Bevölkerung auf die Zahlung der Steuern aus, welche kaum noch geleistet werden konnte. Die Bevölkerung hatte Angst vor dem Auftreten einer Wirtschaftskrise und forderte dadurch den Staat zur höchsten Sparsamkeit auf.

Im vorletzten Punkt der Sulzer Petition wird die vollkommene Herstellung einer wirklichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden und Bezirksbürgerschaften gefordert. Die

Gemeinden wollten nicht abhängig vom Staat sein und ihre eigenen Interessen ohne unbedingte Erlaubnis des Staates verwirklichen.

Die letzte Forderung ist schließlich die Revision der Verfassungsurkunde, welche dadurch den König nicht weiter als Vormund vorsieht. Außerdem kommen die Sulzer auf eine Neuwahl zu sprechen, aus der eine von zwei auf eine reduzierte Kammer ohne Privilegierte hervorgehen sollte. Durch die ausführliche Begründung dieser Forderung und deren sprachliche Gestaltung wird trotz der „*ehrerbietige(n) Bitte*“ Druck auf die Regierung ausgeübt.

4. Interpretation der Forderungen

Die Petitionen von Sulz und Mühlheim stellten verfassungs-, wirtschafts-, und sozialpolitische Forderungen in den Mittelpunkt. Außerdem ist eine klare Unterteilung zwischen großdimensionalen Forderungen, welche im ganzen Deutschen Reich vertreten waren, und kleindimensionalen Forderungen, die sich meist auf die einzelne Kommunen beschränken, zu erkennen.

Im Folgenden werden wir zuerst auf die *großdimensionalen Forderungen* eingehen.

1.) Deutsches Parlament

Die allgemeine Hauptforderung „Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament; Bildung eines deutschen Nationalstaats“ wird in der Sulzer Petition an erster Stelle als Forderung eines „Deutschen Parlaments“ genannt. In der Mühlheimer Petition ist diese Forderung nicht vertreten.

Durch die Ablehnung der Monarchie von liberal Gesinnten wurde die Forderung nach einem Deutschen Parlament immer lauter, denn das Bedürfnis nach Mitspracherecht verstärkte sich zunehmend. Die Gesellschaft wollte sich nicht mehr mit der Obrigkeit zufrieden geben. Der Ausruf der Französischen Republik schallte bis nach Deutschland und regte die Gesellschaft zu mehr Selbstinitiative an.

2.) Unbedingte Pressfreiheit

Die Sulzer Petition sieht an zweiter Stelle die „Unbedingte Pressfreiheit“ vor und bringt somit eine weitere großdimensionale Forderung zur Sprache.

Mit der Erfindung der Schnellpresse und der wachsenden Mobilität wurde es für Polizei und Zensoren immer schwerer, die Presse zu kontrollieren. Trotz fortschrittlicher Presseverbreitung seit 1847 konnte sich eine Presserevolution erst durch die Märzrevolution 1848 verwirklichen.

Am 03.03.1848 stellte der Bundestag die Abschaffung der Zensur allen Staaten frei. König Wilhelm von Württemberg entschloss sich, diese Märzforderung zu gewähren. Auswirkungen dieser Presserevolution waren unter anderem mehr gedruckter Zeitungstext (Vergrößerte Formate, Seitenzahl, Auflagen) sowie zahlreiche Neugründungen, was zum Phänomen der Presseexplosion führte. So hatte beispielsweise die „Deutsche Zeitung“ innerhalb eines Jahres (1848) 266% mehr Abonnenten als im Vorjahr.

Die Sulzer Tageszeitung „Schwarzwälder Bote“ fand 1835 im ersten Erscheinungsjahr an die 100

Leser, 1848 vervielfachten sich Leser auf mehr als 5000.³⁰ Um die Zensur der Presse zu veranschaulichen, druckte der Schwarzwälder Bote unter anderem am 1. Januar 1836 leere Seiten.³¹ Die Presse diente als Sprachrohr verschiedener politischer Gruppierungen, was zu einer Politisierung der Presse führte. Obwohl die Presserevolution vorrangig in den Städten vorangetrieben wurde, erreichte die große Politik auch Regionen fernab der politischen Zentren. So setzten die Demokraten strategisch die Zeitungen sowie Flugschriften zur Verbreitung ihrer demokratischen Position bei der Landbevölkerung ein. Allerdings forderte Mühlheim keine Pressefreiheit, was auf den Analphabetismus im ländlichen Raum hindeuten könnte. So verschaffte die Pressefreiheit ihnen nicht mehr Freiheit und Möglichkeiten, da die meisten Menschen nicht lesen konnten. Durch die wahrscheinlich eher schlecht ausgeprägte Bildung kam es zu falschen Interpretationen. Pressefreiheit wurde von der ländlichen Bevölkerung meist als „Von Oben nicht mehr gepresst werden“ verstanden.

Am 1. März wurde in Württemberg die Zensur aufgehoben³², trotzdem wurde in der am 6. März verfassten Sulzer Petition „unbedingte Pressfreiheit“ gefordert. Dadurch wird auch der schlechte Informationsfluss zwischen der Regierung und der betroffenen Bevölkerung deutlich.

3.) Allgemeine Volks Bewaffnung mit freier Wahl der Offiziere und möglicher Verminderung des stehenden Heeres

11.) Verminderung des Militärs und Wehrhaftmachung des Volkes

Diese Forderung nach Verminderung des Militärs ist ebenfalls eine typische Forderung³³, welche die Angst gegenüber dem unter der konservativen Regierung stehenden Heer widerspiegeln könnte. Dadurch, dass das Staatsheer von den Steuern der Bürger bezahlt werden musste und auch die Söhne ins Staatsheer berufen worden sind, überrascht diese Forderung nach Verminderung des Militärs nicht. Die Volksbewaffnung war aber auch zum Schutze vor dem verarmten Bürgertum durch „Misswachs“³⁴ und der daraus folgenden Hungersnot gedacht. Die freie Wahl der Offiziere, war zu Zeiten einer Monarchie durchaus eine als demokratisch anzusehende Forderung.

Die Wehrhaftmachung des Volkes nahm durch die Bürgerwehr eine milizartige Formation an. Je nach Vertretern wurde sie anders interpretiert und wurde somit zum Gegenspieler oder auch Komplizen des Militärs.³⁵

³⁰Vgl. Sulz, Alte Stadt am jungen Neckar, 1984 von Dr. Winfried Hecht, Paul T. Müller und Peter Vosseler

³¹Leere Seiten des „Schwabos“ siehe Anhang

³²Vgl. Chronologische Übersicht der revolutionären und gegenrevolutionären Ereignisse 1848/49, Hans Joachim Lauth

³³Vgl. Dornhan, Geschichte des Raumes zwischen Neckar, Glatt und Heimbach, S.239. Durch die Dornhaner Vertreter im Sulzer Kreistag liegt die Vermutung nahe, dass durch die wahrscheinlich geführten Diskussionen über Petitionen beide Gemeinden zu sich überschneidenden Forderungen kamen.

³⁴Vgl. Ortschronik Mühlheim, S.70

³⁵Dieter Dawe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche: Europa 1848, Revolution und Reform, Vgl. Ralf Pröve, Bürgerwehren in den europäischen Revolutionen 1848, S.901

Im Allgemeinen lässt sich die Entwicklung der Bürgerwehren in drei Phasen einteilen.

In der ersten Phase arbeiteten Besitzbürgertum und Arbeiterschaft eng zusammen und Konfrontationen bleiben aus. Durch den angedeuteten Sieg der Protestbewegungen verbreitete sich Euphorie und Bürgerwehren wurden überall ins Leben gerufen. Das Wort „Volksbewaffnung“ galt als erster großer Siegesruf der Revolution. Die konservative Armee duldet die Bürgerwehr am Anfang als „notwendiges Übel“, da sie die Bürgerwehr als eine Maßnahme sahen, die Radikalisierung der Revolution zu verhindern.³⁶ In Württemberg sollten die Bürgerwehren die Verfassung und die durch Gesetze gesicherten Rechte und Freiheiten gegen den inneren und äußeren Feinden verteidigen und wurden deshalb gewährt.

Die reaktionären Kräfte gewannen in der zweiten Phase wieder an Boden und Bürgerwehren wurden aufgelöst oder in ihren Rechten stark beschränkt, was zu politischen Auseinandersetzungen führte.

In der dritten Phase, der Phase der Reichsverfassungskampagne, standen sich Bürgerwehr und Militär direkt gegenüber. Bürgerkriegsähnliche Zustände und blutige Zusammenstöße konnten nicht vermieden werden.³⁷

Auch in Sulz wurde am 11. Mai 1847 ein Antrag auf eine bewaffnete Bürgerwehr verfasst. Der Ruf nach einer Bürgerwehr wurde in Sulz wegen der vorgefallenen Exzesse im Land immer lauter. In Sulz gab es jedoch keinen besonderen Grund der Besorgnis, aber bei besonderen Anlässen wie Wochen- oder Jahrmärkten wollte das Oberamt ein augenblickliches Einschreiten gegen die durch Fremde verursachte Unruhen gewährleisten. Die Bürgerwehr sollte also als Ruhe schaffendes Organ dienen. Um diese Bürgerwehr zu verwirklichen, sollte auf zuverlässige Personen zurückgegriffen werden. 73 Bürger, die ihren Eintritt in Ehren tragen sollten, wurden ausgesucht, um den Schutz der Stadt bei allen möglichen Taten zu ermöglichen. Die ausgewählten Bürger sollten zusammentreten, um zu erklären, „ihrer vorauszusetzenden Bereitwilligkeit, eine Bürgerwehr zu organisieren und von dem gegenwärtigen Beschlusse dem königlichen Oberamte mit der Bitte Mitteilung zu machen, dass dasselbe seine Verwendung wegen Ausfolge entsprechender Schusswaffen von den Vorräten des Staats eintreten lassen möchte.“³⁸

Der Oberbeamte hat Veranlassung genommen, mit dem Stadtrat weitere Verhandlungen zu pflegen. Auch gegen die Liste der Personen, die die Bürgerwehr bilden sollten, hatte er nichts einzuwenden. Die Bürgerwehr wurde wegen der Erklärung ihres Beitritts und Wahl der Zugführer ins Rathaus

³⁶ Vgl. Ralf Pröve, Bürgerwehren in den europäischen Revolutionen 1848, S.908

³⁷ Vgl. Ralf Pröve, Bürgerwehren in den europäischen Revolutionen 1848, S.904

³⁸Sulz a.N. - Gemeinderatsprotokolle vom 17. Juli 1845 bis 10. August 1849, S. 94-96

berufen. Auch wegen der Bewaffnung wurden Beschlüsse gefasst.³⁹

Am 2. Oktober 1848 wurde auch in Mühlheim eine Bürgerwehr aus Männern zwischen 18 und 50 Jahren gegründet. 87 Bewohner waren dieser pflichtig, welche einen Hauptmann, einen Leutnant, einen Furier und sechs Obermänner wählten. Vom Staat wurden 25 Musketen, die von den Männern selbst gezahlt werden mussten, ausgegeben und eine Militärtrommel gekauft. Der Trommler erlernte das Trommeln auf Kosten der Gemeinde.

Nach der Niederlage der Revolution wurde die Bürgerwehr wieder aufgelöst.⁴⁰

4.) Freigebung öffentlicher Versammlungen, Besprechungen, öffentliche Angelegenheiten ohne polizeiliche Erlaubnis

Durch diese Forderung, welche als allgemeine Märzforderung als Versammlungsfreiheit formuliert wird, wollten die Sulzer Sicherung und Erweiterung revolutionärer Errungenschaften gewährleisten, welche durch Massenaktionen vorangebracht wurden. So konnte die Bürgerwehr sich auch ohne polizeiliche Einmischungen treffen und aufrüsten. Außerdem konnten Volksversammlungen zustande kommen, welche die häufigste Form der politischen Artikulation war. Durch sie konnte auch die illiterate Bevölkerung an der Politik teilnehmen, da sich in Volksversammlungen die politische Macht ganzer Dorfgemeinschaften widerspiegelt. „Vereine hängen immer von der Wirklichkeit und Dringlichkeit der Bedürfnisse ab, sie entstehen und fallen mit ihnen.“⁴¹ So entstand 1848 ein regelrechtes Netzwerk politischer Vereine. Auch konnten dadurch Petitionen öffentlich besprochen werden, welche eine besondere politische Aktionsform vor allem in den Monaten März und April darstellten. Die Unzufriedenheit der Landbevölkerung repräsentierte sich in den Petitionen, die überwiegend in Dörfern und kleinen Kommunen verfasst wurden.⁴²

7.) Befreiung von Grund und Boden

3.) Entlastung von Grund und Boden, also Abschaffung nicht Ablösung des Grundgefälle und Gilten

Abschaffung von noch vorhandenen Feudalrechten auf dem Land ist nicht nur eine kommunale Forderung, sie wurde in den meisten Petitionen von 1848 genannt.

Da der Großteil des Landes Großgrundbesitzern gehörte, beackerten die Bauern ihren Boden und mussten dafür Abgaben zahlen. In den Hungerjahren 1816/1817 wurde der Zehnte in Natura erhoben, was auf die Bevölkerung geradezu „barbarisch“ wirkte. Zu ihrer Zufriedenheit traf die Regierung die Einleitung zur Abschaffung des Zehnten, jedoch wollte der Adel nicht auf

³⁹Bewilligung der Sulzer Bürgerwehr siehe Materialanhang

⁴⁰Vgl. Ortschronik von Mühlheim a. B., S.70/71

⁴¹Vgl. 150 Jahre Revolution im Südwesten 1848/49, Sparkassen-Magazin, Vereint in Volksvereinen! Von Roland Peter und Kurt Hochstuhl: Die „revolutionären Zellen“ der Zeit

⁴²Vgl. Nikolaus Back, Dorf und Revolution, Die Ereignisse von 1848/49 im ländlichen Württemberg, S. 79

„veraltete“ Rechte verzichten, weshalb die Ablösung nicht voran ging. In dieser Zeit wurde der Zehnte aufgeteilt. Zwei Drittel bekam der Staat, ein Drittel ging an den Adel (in Vöhringen: Freiherr von Münchingen als Rechtsnachfolger der Guten von Sulz). 1832 einigte sich der Staat auf festgelegte 465 Gulden, welche die Stadt Vöhringen jährlich aufzubringen hatte. Freiherr von Münchingen stellte im Gegensatz schärfere Bedingungen. 1834 einigten sie sich auf einen Kompromiss über 38 Scheffel Dinkel.⁴³

Die Erregung im Lande richtete sich auf den „mittelalterlichen Unrat“, da der Zehnte in Natura abgegeben werden musste, die Gilten in vollem Umfang bestanden und das Jagdrecht zusätzlich auch beim Staat lag. So zielte die Forderung nach Befreiung von Grund und Boden wahrscheinlich auf die Freiheit der Bauern, welche bis zur Zeit der Forderung den Großgrundbesitzern verpflichtet waren.

Am 14. April 1848 verabschiedete der württembergische Landtag das Gesetz über die Ablösung der Grundherrschaft. Viele Bauern kauften ein Stück Land des Großgrundbesitzers und erhielten somit ihre Freiheit. Allerdings waren die negativen Auswirkungen der Befreiung erheblich: Durch das Aufkaufen von Land verschuldeten sich die meisten Bauern, sie mussten ihre Schulden durch Abgaben begleichen, wodurch die gleiche Situation wie vor der Verabschiedung herrschte. Gleichzeitig standen die Bauern nicht mehr unter dem Schutz des Grundbesitzers, welcher in Notzeiten die Bauern unterstützte. Mit der Befreiung von Grund und Boden waren die Bauern auf sich selbst gestellt und in Notzeiten dem Verhungern nahe.

Die Ablösung der Grundschuld brachte zwar die Freiheit des Einzelnen, jedoch spitzte sich das Phänomen des Pauperismus' nur noch weiter zu.

10.) Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, Einführung von Schwurgerichten

Die Einführung von Schwurgerichten wurde im ganzen Deutschen Bund gefordert. Die Unzumutbarkeit eines gerichtlichen Verfahrens ohne, außer vom Gesetz, unabhängige Richter und Geschworene bekam immer mehr Aufmerksamkeit in der Bevölkerung. Die Obrigkeit, die auch in den Gerichten vorhanden war und durch den Adel vertreten wurde, nutzte ihre Position an der Spitze aus und richtete zu Gunsten der Kläger. Die Kläger waren meist Großgrundbesitzer die ihre zu Abgaben verpflichteten Angestellten (Bauern) wegen nicht abgegebenen Zehnten verklagten.

Auch wurde das Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzogen, der Angeklagte durfte sich selbst nicht verteidigen, hatte also fast keine Chance auf Freispruch.

Die Forderung nach Selbstverteidigung durch Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens und die

⁴³Ortschronik Vöhringen, ein Heimatbuch für die Gemeinde von Johannes Binder, 1940, S.127/120, 57. Ablösung des Zehnten. (153).

Einführung von Schwurgerichten basiert auf einem menschlichen Bedürfnis.

Vor 1848 waren die Bürgerrechte nicht einklagbar. Bürger waren also gegen die Obrigkeit auch im gerichtlichen Verfahren machtlos.

13.) Revision der Verfassungsurkunde (...) Auflösung der damaligen Ständeversammlungen und unvergänglichen Herstellung einer neuen, ungemischt aus der Volkswahl hervorgehenden Abgeordnetenkommission die geeigneten Schritte zu tun

Die Forderung nach einer Abgeordnetenkommission, die aus einer Volkswahl hervorgehen sollte, deutet darauf hin, dass die damals bestehende Ständeversammlung als Vertreter des Staates und nicht als Vertreter des Volkes wahrgenommen wurde, was außerdem auf die Unzufriedenheit gegenüber der württembergischen Verfassung, welche nur ein eingeschränktes Wahlrecht vorgesehen hatte und in deren Kammer-System der Adel immer noch eine Sonderstellung einnahm, zurückschließen lässt. Die Forderung spielt neben dem uneingeschränkten Wahlrecht auch auf das Zweikammersystem an, wodurch die gesetzgebende Gewalt durch zwei Verfassungsorgane geteilt würde. Das Ziel eines Zweikammersystems ist vor allem das politische Gleichgewicht bei der Gesetzgebung, bei der die Kammer der Volksvertreter mitwirken kann.

Nun werden wir die klein dimensionalen Forderungen weiter erläutern.

5.) Abschaffung aller Vorrechte und Privilegien

4.) Abschaffung aller Vorrechte. Der Adel soll also zur Tragung der Staatslasten ebenso gut beitragen als der Bauer

Als Grundherren besaßen die Adligen zahlreiche Rechte und die Landbevölkerung war ihnen zu zahlreichen Abgaben verpflichtet. Sie konnten ihre individuelle Freiheit nur durch Befreiung der feudalen Lasten erhalten, was eine Abschaffung der adeligen Standesherrschaft voraussetzte. So konnte eine modernisierte Agrarwirtschaft entstehen und die individuellen Anbauprodukte und Methoden wurden nicht durch besondere Abgaben erschwert. Außerdem wurde dadurch die Mitsprache an öffentlichen Angelegenheiten garantiert.

Zusätzlich forderten die Mühlheimer erneut, dass der Adel ebenso Steuern oder Abgaben leisten sollte.

6.) Vereidigung sämtlicher Staatsbürger mit Einschluss des Militärs auf die Verfassung

Da die Sulzer im Punkt 13 die Revision der Verfassungsurkunde fordern, basiert Punkt 6 vermutlich auf der von der geforderten Abgeordnetenkommission neu entworfenen Verfassung, auf die die Bevölkerung einen Eid leisten sollte. Die Forderung nach einem Eid zeigt, dass die Bürger eine

Bindung der Obrigkeit an die Verfassung hoch veranschlagten. Die Willkür der Obrigkeit nahm in den Jahren vor 1848 immer drastischere Ausmaße an. Die normale Bevölkerung zweifelte in den Krisenjahren 1847/1848 an der Verfassung und deren Einfluss auf das Verhalten der Obrigkeit.

Die zusätzliche Erwähnung des Militärs lässt vermuten, dass die Bevölkerung einen Gegner im Militär sah und deshalb den Eid des Militärs auf die Verfassung forderte, um die Macht des Militärs zu beschränken. Die Verfassung sollte also als Machteinschränkung der Obrigkeit dienen und als Schutz der Bevölkerung vor der Obrigkeit.

8.) Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen ohne Störung des Gewerbebetriebs bei der Erhebung

1.) Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen oder Vermögen

Durch die primäre Stellung der Forderung in der Mühlheimer Petition kommt die Wichtigkeit dieser Forderung für die Mühlheimer zum Ausdruck. Möglicherweise hatten sie schlechte Erfahrungen mit ungerechter Besteuerung gemacht und wollten diese vermeiden.

Die Forderung spricht, wie viele andere, die Vormachtstellung des Adels an, die sich bis in die Besteuerung zog. Da der Adel meist im Verwaltungswesen tätig war, konnte eine Manipulation der Gelder durch den Adel nicht ausgeschlossen werden und die Steuerzahlung des Adels konnte nicht kontrolliert werden.

Die Überlegung einer Besteuerung nach dem Einkommen oder Vermögen ist in dieser Zeit sehr fortschrittlich, die progressive Besteuerung gibt es so ja noch heute.

Außerdem wird eine Störung des Gewerbes ausgeschlossen, das Gewerbe soll durch die Erhebung der Steuern keine Verluste erleiden, die Steuern sind vom Individuum selbst zu leisten. So wird eine weitere Unterstützung des Adels durch das Gewerbe ausgeschlossen.

9.) Hebung der Gewerbe durch Schutz nach außen und Beschäftigung im Innern

6.) Allgemeine Gewerbefreiheit

Die Forderung nach allgemeiner Gewerbefreiheit sollte vor allem den Handwerksgesellen zu mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von der Obrigkeit und großem Gewerbe verhelfen. Durch Eigenbestimmung des Produktweges, der Produkttechnik und Kapazität würden sie weitgehend unabhängig vom Staat sein. Schutz nach außen wurde durch die gerechte Besteuerung ohne Störung des Gewerbebetriebs gewährleistet, das Unternehmen war unabhängig von der Obrigkeit, was ein weiterer demokratischer Schritt gewesen wäre.

Die Gewerbefreiheit könnte vor allem auch ein Kritikpunkt der Handwerksgesellen gewesen sein. Das Handwerk sollte gegen den entstehenden Konkurrenzdruck durch Gewerbefreiheit geschützt werden. Die Beschäftigung im Innern könnte durch Freizügigkeit im Ort der Niederlassung,

unbegrenzte Zahl der Gesellen und Möglichkeit der Einsetzung von Maschinen gestärkt werden. Wegen der Industrialisierung der anderen Länder und dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der daraus folgenden Mobilität und der nichtzünftigen Handwerker forderten die Sulzer auch Schutz nach außen neben Beschäftigung im Innern.

11.) Vereinfachung der Regierungsweise und möglichste Sparsamkeit im Staatshaushalt

12.) Vollkommene Herstellung einer wirklichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden und Bezirksbürgerschaften

2.) Einfachere und billigere Stadtverwaltung überhaupt Verminderung der Vielschreiberei

9.) Vereinfachung der Gemeindeverwaltung

Durch die Abhängigkeit der einzelnen Gemeinden (abhängig von Oberamt und Kreis) konnten lokale Probleme nicht lokal besprochen werden, sondern mussten über zahlreiche Ebenen weitergeleitet werden, was viel Zeit beanspruchte und in „Vielschreiberei“ ausartete.

Diese Bürokratiekritik entsteht vermutlich durch die schwerfällige Verwaltung, welche durch einheitliche Standards und detaillierte Ausführungsbestimmungen geregelt wurde.

Die Kommunalverwaltung war die Schaltstelle zwischen Staat und Bürger und stellte deshalb in dieser Zeit ein wichtiges Organ der Gemeinde dar. Jedoch musste die Gemeinde die Verwaltungsarbeit selbst verrichten, da keine extra Angestellten für die Verwaltung zuständig waren. Diese zusätzliche Arbeit belastete die meist im landwirtschaftlichen Bereich arbeitenden Bewohner zusätzlich, weshalb sie die „Vereinfachung der Gemeindeverwaltung“ forderten.

Manchmal kamen auch vom Staat beauftragte Beamte, um die Verwaltung der Gemeinde zu verrichten. Jedoch bezogen diese von den betreffenden Gemeinden einen Tageslohn. Dieser war meistens viel zu hoch, sodass kleine Gemeinden sich diese Beamte gar nicht leisten konnten.

5.) Veränderung der inzwischen stattgefundenen Baugesetze beziehungsweise der Abschaffung der Brandmauern zwischen Gelaß und Scheuer sowie ohne Abzug des 6-ten Teil Brandkassengeldes, derjenigen Gebäude in welchen sie ein Backofen im 2ten Stock befindet

Das stattgefundenene Baugesetz beinhaltete die Pflicht einer Brandmauer zwischen Gelaß und Scheuer. Da eine Änderung gefordert wird, sind diese Brandmauern von den Bürgern nicht (mehr) gewollt. Eine mögliche Erklärung für diese Forderung ist der teure Baustoff und der damit verbundene Aufwand des Aufbaus der Brandmauer, welche gemauert sein musste um das Feuer abzuhalten. Andererseits ist die Ablehnung von Brandmauern fragwürdig, da durch einen Feuersausbruch ohne Brandmauern ein Stadt- oder Dorfbrand nicht verhindert werden konnte.

Durch den Backofen im zweiten Stock bestand eine größere Brandgefahr, weshalb die Besitzer einen 6ten Teil Brandkassengeld zahlen mussten. Diese Summe war den Besitzern allerdings zu

hoch. Sie forderten die Abschaffung des Abzuges.

7.) Vereinfachung und Erleichterung der Wirtschaftsabgaben

Durch die Hungerkrise waren viele Bauern am Existenzminimum und waren dadurch nicht in der Lage vielseitige und regelmäßige Wirtschaftsabgaben zu leisten. Die Vereinfachung und Erleichterung der Wirtschaftsabgaben war deshalb eine für die Landwirte lebensnotwendige Forderung. Die spärlich ausgefallenen Ernten gerade in der Zeit um 1847 reichten kaum für die eigene Versorgung. Außerdem breitete sich eine Kartoffelfäule aus, was das damalige Hauptnahrungsmittel zerstörte und die Lage zusätzlich erschwerte.

Die möglicherweise zeitaufwändige Kontrollen der Abgaben veranlassten die Bürger auch zur Forderung von Vereinfachung der Wirtschaftsabgaben.

8.) Bessere Vorkehrung und Verminderung der Brandschadensumlage

Diese Forderung birgt einen Widerspruch. Bessere Vorkehrung gegen Brände könnte durch die in Forderung 5.) erwähnten Brandmauern gewährleistet werden, diese werden jedoch von den Bürgern nicht gewollt. Manche Forderungen wurden von Bauern aufgenommen und uminterpretiert. So könnte auch hier eine falsch verstandene Forderung vorliegen, die von den Bauern anders interpretiert wurde. Die Forderung nach „Verminderung der Brandschadensumlage“ ist wieder auf die schlechte finanzielle Lage der Bauern zurückzuführen.

10.) Sollen hauptsächlich übertriebenen Pensionierungen, die vermindert ebenso sollen die königlichen Beamten ohne Ausnahme von dem Staat einen fixen Gehalt beziehen, ohne bei sämtlichen Verrichtungen auf dem Lande von den betreffenden Gemeinden ein Tagegeld zu erheben

Aus dieser Forderung geht hervor, dass vom Staat beauftragte Beamte den Gemeinden bei der Verwaltung halfen. Jedoch bezogen diese einen zu hohen Tageslohn, den kleine Gemeinden (wie Mühlheim) nicht bezahlen konnten. Deshalb forderten sie ein fixes Gehalt, das vom Staat an die Beamten bezahlt werden sollte, da sie auf diese Beamten angewiesen waren.

Die Forderung nach Verminderung von übertriebenen Pensionierungen zeigt, dass auch hier der Adel eine Vormachtstellung hatte. Das Geld für die Zahlung der Pensionierungen sollte in den Augen der Mühlheimer lieber für die Bezahlung der Beamten benutzt werden.

12.) Soll jeder orts. Behörde in Beziehung gegen Verschwender, Diebe, Arbeitsscheue überhaupt Gesindel zur Verfügung hierüber mehr Macht eingeräumt werden

Die in Punkt 3 geforderte Wehrhaftmachung des Volkes könnte vor allem wegen „Gesindel“ und

„Diebstahl“ gefordert worden sein. Um diese auch bekämpfen zu können, fordern sie hier die benötigten Rechte, um bewaffnet gegen „Gesindel“ vorgehen zu können.

Durch die Hungerkrise und die daraus folgenden hohen Lebensmittelpreise verarmte die Bevölkerung sehr schnell. Brotkrawalle und Hungeraufstände waren die Folge und auch in kleineren Gemeinden wie Mühlheim plünderten und randalierten verarmte Bürger. Um sich vor diesen Schutz zu sichern, war eine Verfügung über mehr Macht von Nöten.

5. Resümee

In der Sulzer Petition finden sich viele typische Märzforderungen wieder. Auch stehen diese meist am Anfang der Petition. Das Oberamt beschäftigte sich mit großdimensionalen Forderungen, die auch das ganze Reich betraf. Möglicherweise könnte sich das Oberamt Sulz im Kreistag mit Dornhan besprochen haben, da in der Dornhaner Petition von 1848 ähnliche Forderungen zu finden sind.⁴⁴ Die Sulzer Petition hat deutlich mehr Unterschriften als die Mühlheimer Petition und wurde auch fünf Tage früher, am 6. März, verfasst. Außerdem sticht eine Korrektur des Datums der Mühlheimer Petition heraus. Das bereits geschriebene Wort „Februar“ wurde durchgestrichen und durch den Monat „März“ ersetzt. Die Vermutung liegt nahe, dass dem Schriftführer ein Fehler unterlaufen ist, wenn dem nicht so wäre, hätten die Mühlheimer schon Anfang Februar die Petition verfasst, was geradezu sensationell früh gewesen wäre.

In der Mühlheimer Petition finden sich viele kleindimensionale Forderungen. Dies lässt sich auf die ländlichere Lage, die spärliche Bildung und das Desinteresse gegenüber den großdimensionalen Forderungen schließen. Die großdimensionalen Forderungen waren für die Mühlheimer von minderer Bedeutung, da diese beispielsweise durch die Pressefreiheit keine Vorteile sahen, da vermutlich der größte Teil der Bewohner nicht lesen konnten.

Zusammenfassend kann man jedoch sagen, dass Sulz und Mühlheim mit ihren Petitionen zum Voranschreiten der Revolution in der Region beitrugen und damit ihr Interesse an der Politik schon 1848 deutlich machten.

⁴⁴ Dornhan, Geschichte des Raumes zwischen Neckar, Glatt und Heimbach, S.169

6. Methodisches Vorgehen

Zuerst stellten wir uns folgende Fragen:

- Wie könnten wir die Petitionen übersetzen?
- Wie hängen die Petitionen mit der '48 Revolution zusammen?
- Was bedeuten die einzelnen Forderungen?
- Gab es im Umkreis ähnliche revolutionäre Vorgänge?
- Aus welchem Zusammenhang entstanden die Petitionen?

Beantwortung der Fragen:

6.1 Literatur

Durch die zahlreichen Bücher, die von Herrn Ullmann angeschafft wurden, sowie bereits vorhandene Literatur aus der Schüler-/ und Lehrerbibliothek und einer Sonderausgabe der „Kräz“ konnte wir uns ein breites Wissen über die Revolution 1848 aneignen. Besonders die Ausgabe von Nikolaus Back „Dorf und Revolution“ half uns zur Klärung der örtlichen Lage im Jahr 1848.

6.2 Archivbesuche

Nach einigen erfolglosen Versuchen die Petitionen aus der Vorsütterlinschrift zu übersetzen, wandten wir uns an den Sulzer Archivar Paul Müller, der uns innerhalb von drei Sitzungen half, die Petition zu lesen und zu entziffern. Nach der Transkription besuchten wir das Sulzer Stadtarchiv erneut, um Gemeinderatsprotokolle und Regierungsblätter zu lesen und damit den Zusammenhang und den Inhalt der Forderungen zu erforschen.

6.3 Gespräche

Nach der Transkription der Petition verabredeten wir uns mit Herrn Schätzle, der uns bei der Klärung zahlreicher grundlegender Fragen zum Thema '48 Revolution weiterhelfen konnte und uns die Ausgabe des Schwabos im Jahre 1845 zeigte, wodurch wir den Protest der Bürger gegen die damalige Zensur der Presse, in Form leer gelassener Seiten erfahren konnten.

7. Probleme der Recherche

Durch eine sehr spärlich Quellenlage der örtlichen Ereignisse war es schwer, die lokalen Forderungen zu analysieren und ihrem Zusammenhang zu verstehen. Des Weiteren war die Einordnung der Petitionen in den Gesamtkomplex der Revolution nicht einfach und erforderte viel breites Wissen, das wir uns durch die zahlreiche Literatur erst aneignen mussten. Außerdem war es schwer und zeitaufwändig die Vorsütterlinschrift zu lesen und damit die Petition erst einmal verstehen zu können. Einige Ansätze konnten wir jedoch nicht weiter ausführen, da zu wenig örtliche Quellen vorhanden waren.

8.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

1. Dornhan – Geschichte des Raumes zwischen Neckar, Glatt und Heimbach
2. Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche – Europa 1848, Revolution und Reform
3. Revoltion im Südwesten – Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg
4. Dieter Langewiesche – Europa zwischen Restauration und Revolution 1815 bis 1849
5. Die deutsche Revolution von 1848/49, Wege der Forschung
6. Nickolaus Back – Dorf und Revolution, Die Ereignisse von 1848/49 im ländlichen Württemberg
7. Dieter Langewiesche – Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849
8. Heinrich August Winkler – Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte 1806 bis 1933
9. D'Krätz, Sonderheft – Beiträge zur Revolution 1848/49 in Schramberg
10. Dieter Langewiesche – Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung
11. Sulzer Bilderbogen – Heimat am oberen Neckar, am Mühlbach und an der Glatt
12. Wilhelm Bloss – Die deutsche Revolution von 1848 und 1849
13. Die Revolution hat Konjunktur – Geschichtswerkstatt
14. 150 Jahre Revolution im Südwesten 1848/49, Sparkassen-Magazin, Vereint in Volksvereinen!
Von Roland Peter und Kurt Hochstuhl: Die „revolutionären Zellen“ der Zeit
15. Ortschronik von Mühlheim a. B.
16. Ortschronik Vöhringen, ein Heimatbuch für die Gemeinde von Johannes Binder, 1940
17. Sulz a.N. - Gemeinderatsprotokolle vom 17. Juli 1845 bis 10. August 1849
18. Sulz, Alte Stadt am jungen Neckar, 1984 von Dr. Winfried Hecht, Paul T. Müller und Peter Vosseler
19. Oberstufe Baden-Württemberg – Gesamtband, Kursbuch Geschichte
20. sä\d\sulz 1848-9\ereignisse am oberen neckar, die [anfänge der] revol hier
21. Revolution im Südwesten, Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg
22. Schwarzwälder Bote, Oberndorf, Dienstag, den 7. März 1848